

Schüler fordern mehr politische Bildung – Stellungnahme der DVPB NW zu politischen Bildungsstudien

Die ersten Daten der International Civic and Citizenship Education Study 2016 (ICCS 2017) sind diese Woche veröffentlicht worden. Nordrhein-Westfalen war in Deutschland das einzige Bundesland, das an der international vergleichenden Studie teilgenommen hat. Noch muss man die Ergebnisse der Studie mit Vorsicht deuten, denn eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Erhebungsinstrumenten, eine Überprüfung der curricularen Validität der im Wissenstest abgefragten Items oder eine testethische Analyse sind noch nicht erfolgt.

Zumindest überraschend sind die Ergebnisse der ICCS-Studie nicht.

Die Autoren der deutschen ICCS-Studie berichten, dass politisches Wissen als eine wesentliche Ressource für politische Aktivitäten in der Demokratie den Jugendlichen in NRW im europäischen Vergleich nur in geringerem Umfang zur Verfügung stehen würde (ICCS 2017, S. 4-5). Ferner sei besonders auffällig, wie stark das politische Wissen der Jugendlichen mit den Bildungsressourcen der Eltern korreliere. Diese Ergebnisse decken sich mit einer Vielzahl neuerer Bildungsstudien, z.B. der des Deutschen Jugendinstituts (2013) oder dem Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerks.

Die Ergebnisse dürften u.a. mit dem curricularen Verdrängungsprozess im sozialwissenschaftlichen Fächerkanon zu erklären sein. Politisch-gesellschaftliche Themen werden aus den Bildungsplänen durch ökonomische Themen verdrängt. Die Curricula in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern der Sekundarstufe I sind stark mit ökonomischen Inhalten „aufgefüllt“ worden. Das Fach Politik wurde an Gymnasien in der Sekundarstufe I durch Politik/Wirtschaft ersetzt. Nicht genug, jetzt soll auch noch ein eigenständiges Fach Wirtschaft eingeführt werden. Dies wird dazu führen, dass politisch-gesellschaftliche Themen in den sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern noch weiter an den Rand gedrängt werden und womöglich nur noch eine Alibifunktion haben – zumindest formal muss die Landesregierung der NRW-Verfassung ja gerecht werden.

Faktisch ist die Situation der Politischen Bildung an Schulen in Nordrhein-Westfalen längst eine Farce. Es ermüdet mittlerweile, die Defizite aufzuzählen: Kein Unterrichtsfach wird so oft fachfremd unterrichtet wie Politik (der Anteil des erteilten Politikunterrichts ohne

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen e.V.

– *Der Fachverband für politische und ökonomische Bildung!*

Der Vorstand

Postfach 100352
47003 Duisburg

22.11.2016

Steuernummer:

109/5849/0584
Finanzamt Duisburg-Süd

Bankverbindung:

dvpb-nw e.v.
Stadtsparkasse Duisburg
DE29 3505 0000 0231 0013 48
DUISDE33XXX

Beirat:

Prof. Dr. Sibylle Reinhardt Universität Halle a.d.S.
Maria Springenberg-Eich Landeszentrale pol. Bildung NRW
Prof. Dr. Helmut Bremer Universität Duisburg/Essen
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer Universität Bielefeld
*Michael Hirz
Programmdirektor Phoenix*

Lehrbefähigung lag im Schuljahr 2016/17 – mit steigender Tendenz im Vergleich zum Vorjahr – in der Sekundarstufe I bei 85,6% an Hauptschulen, 62,7% an Realschulen, 27,2% an Gymnasien und 64,7% an Gesamtschulen, Daten: MSW 2017, S. 128-130), die Politische Bildung ist weiter gekennzeichnet durch einen Stundenausfall, Nicht-Erteilung des Faches, die Zweckentfremdung für fachfremde schulorganisatorische Aufgaben (Zurstrassen 2008). Die Politik weiß um die Vernachlässigung der Politischen Bildung, bekundet Besserung, wie im KMK-Beschluss „Stärkung der Demokratieerziehung“ (2009) und dann geschieht vielfach nichts – oder doch, Politik wird zugunsten eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ weiter zusammengestrichen.

Wen interessiert denn noch Politische Bildung?

Der Ruf nach mehr Politischer Bildung kommt von den Schülerinnen und Schülern! Landesschülerchaften fordern in vielen Bundesländern mehr politische Bildung (z.B. Anders 2017, Tominski 2017).

Im Kinderreport des Deutschen Kinderhilfswerks fordern 89% der Bevölkerung eine Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in Schulen, weil sie Politische Bildung für einen sinnvollen Weg zur Vermittlung demokratischer Werte betrachten (Deutsches Kinderhilfswerk 2017, S. 17).

Das Interesse der Jugendlichen an Politik, so die Ergebnisse der 17. Shell-Studie, steigt seit 2002 an. Von den Befragten äußerten 41%, dass sie politisch sehr interessiert oder interessiert seien (Shell 2017, S. 157). Der Bedarf an politisch-gesellschaftlicher Orientierung nimmt zu. Mit den derzeit erlebten gesellschaftlichen Umbrüchen werden nicht nur, aber vor allem die Jugendlichen aus politikdistanzierten Familien alleine gelassen.

Politische Bildung in der Demokratie ist herausfordernd – für die Lernenden und für die Lehrenden –, denn sie konfrontiert die Beteiligten mit komplexen gesellschaftlichen Problemen und Lebenssituationen, mit sozialer Pluralität, gesellschaftlichen Konflikten, der Offenheit der Zukunft und der Mühsal politischer Aushandlungs- und Lösungsprozesse. Die Schülerinnen und Schüler in der Schule und natürlich besonders in der politischen Bildung sollen die Gelegenheit haben zu lernen, mit Frustration umzugehen, die die Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft zwangsläufig mit sich bringt. Der Kinderreport 2012 hat gezeigt, „dass Kinder durch Mitbestimmung schon in jungen Jahren soziale Kompetenzen entwickeln, die sie stark machen und ihre Chancen auf eine positive Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen verbessern“ (ebd., S. 16).

Das zu lernen, dafür gewährt die Politik den Schülerinnen und Schülern im Verlauf ihrer Schullaufbahn oft keine 20 Minuten in der Woche.

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Vorsitzende der DVPB NW)

Prof. Dr. Andrea Szukala (Stellvertretende Vorsitzende der DVPB NW)

Quellen:

Anders, Florentine (10.9.2017): „Politische Bildung geht im Unterricht unter“. In: <https://www.morgenpost.de/berlin/article211871561/Politische-Bildung-geht-im-Unterricht-unter.html>.

Schneekloth, Ulrich (2015): Jugend und Politik. Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: Deutsche Shell Holding GmbH (2015): Jugend 2015, Frankfurt am Main, S. 153-201.

Deutsches Jugendinstitut (2013): Jugend und Politik. Junge Menschen wollen die Welt verändern – abseits etablierter Parteien. Online: http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Aktuelles/DJI_3_13_Web.pdf.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hrsg.) (2017): Kinderreport Deutschland 2017. Rechte von Kindern in Deutschland. Online: https://images.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/2_Kinderrechte/2.2_Kinderreport_2017_2016_2015/Kinderreport_2017/Kinderreport_2017_Deutsches_Kinderhilfswerk.pdf.

ICCS (2017): Zentrale Ergebnisse zur International Civic and Citizenship Education Study 2016, Pressemappe. Online: <https://www.uni-due.de/iccs/Pressemappe-ICCS2016.pdf>.

KMK (2009): Stärkung der Demokratieerziehung. Online: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf.

MSW NRW (2017): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2016/17. Online: https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Service/Schulstatistik/Amtliche-Schuldaten/Quantita_2016.pdf,

Tominski, Katrin (23.6.2017): Weniger lahmes Internet und mehr politische Bildung. In: MDR, Online: <http://www.mdr.de/sachsen/landesschuelerrat-fordert-mehr-politische-bildung-und-schnelles-internet100.html>.

Zurstrassen, Bettina (2008): Die Lage der politischen Bildung an den Schulen in NRW. In: Politisches Lernen, Heft 3-4/2008, S. 69-73.

zitierte Studien:

17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit: <https://pub.uni-bielefeld.de/person/79448>

Wirtschaftswissenschaften in die Schule? <https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2905248>